Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates

15.07.13

des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 2312

vom 7. Dezember 1999

Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinwesens in Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften: Haftung und Entschädigung

1. Haftung

Im Zusammenhang mit der Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinwesens in Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften hat sich verschiedentlich die Frage der Haftung dieser entsandten Personen gestellt.

1.1. Verantwortlichkeit der von der Generalversammlung gewählten Vertreter/-innen des Gemeinwesens

1.1.1 Hauptbestimmung

Art. 754 Obligationenrecht

«¹ Die Mitglieder des Verwaltungsrates und alle mit der Geschäftsführung oder mit der Liquidation befassten Personen sind sowohl der Gesellschaft als den einzelnen Aktionären und Gesellschaftsgläubigern für den Schaden verantwortlich, den sie durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Pflichten verursachen.»

1.1.2 Konsequenz für die Vertreterin bzw. den Vertreter

Die Vertreterin bzw. der Vertreter haften persönlich.¹ Jedes Verschulden im Sinne eines objektivierten Verschuldensbegriffs reicht zur Haftungsbegründung aus.² Daneben wird von der neueren Lehre teilweise eine zusätzliche Haftung der delegierenden Körperschaft angenommen.³

Im Rahmen ihre generellen Verwaltungshandeln haften die Vertreterinnen und Vertreter des Kantons gemäss Verantwortlichkeitsgesetz grundsätzlich für jedes Verschulden.⁴

Hieraus folgt, dass Vertreterinnen und Vertreter des Kantons bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das gleiche Verschulden haften, ungeachtet davon, ob das entsprechende Verhalten (a) im Rahmen ihrer generellen Verwaltungstätigkeit oder (b) bei ihrer Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied einer Aktiengesellschaft, welches von der Generalversammlung gewählt worden ist, erfolgt.

¹ In der Lehre mehrheitlich unbestrittene Ansicht: Gutachten Rechtsdienst, S. 2

² Objektivierter Verschuldensbegriff: «Massgebend ist diejenige Sorgfalt, die ein gewissenhafter und vernünftiger Mensch desselben Verkehrskreises wie die Verantwortlichen unter den gleichen Umständen als erforderlich ansehen würde»; Gutachten Rechtsdienst, S. 3

³ Gutachten Rechtsdienst, S. 2

⁴ Gutachten Rechtsdienst, S. 7

1.2. Verantwortlichkeit der vom Gemeinwesen abgeordneten Vertreter/-innen

1.2.1 Hauptbestimmung

Art. 762 Obligationenrecht

«¹ Haben Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Bund, Kanton, Bezirk oder Gemeinde ein öffentliches Interesse an einer Aktiengesellschaft, so kann der Körperschaft in den Statuten der Gesellschaft das Recht eingeräumt werden, Vertreter in den Verwaltungsrat oder in die Revisionsstelle abzuordnen, auch wenn sie nicht Aktionärin ist.

...

⁴ Für die von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts abgeordneten Mitglieder haftet die Körperschaft der Gesellschaft, den Aktionären und den Gläubigern gegenüber, unter Vorbehalt des Rückgriffs nach dem Recht des Bundes und der Kantone.»

1.2.2 Konsequenz für die Vertreterin bzw. den Vertreter

Es besteht eine direkte (primäre), ausschliessliche Haftung des Gemeinwesens, welche eine persönliche Haftung der abgeordneten Person ausschliesst.⁵ Diese Haftung besteht sogar dann, wenn das Gemeinwesen kein Weisungsrecht besitzt oder wenn es dieses nicht ausgeübt hat.⁶ Auf die Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinwesens kann gemäss Verantwortlichkeitsrecht des Kantons Rückgriff genommen werden.⁷

Die Personen, welche das Gemeinwesen vertreten, haften wie für ihr sonstiges Handeln im Rahmen ihrer Funktion.

1.3. Verantwortlichkeit der Vertreter/-innen bei rein staatlich beherrschten Aktiengesellschaften

Als Haftungsregeln bezüglich dieser Aktiengesellschaften gelten nach herrschender Lehre die Artikel 754 ff. Obligationenrecht, soweit nicht die die Aktiengesellschaft ausschliesslich einer öffentlichen Hand gehört und demzufolge die Sondervorschriften des Artikels 762 Obligationenrecht zur Anwendung gelangen.⁸ Somit ergeben sich für die Haftung der Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinwesens dieselben Schlüsse, welcher unter Ziff. 1.1.2 bzw. 1.2.2. genannt sind.

1.4. Verantwortlichkeit der Vertreter/-innen des Gemeinwesens bei Gesellschaften nach Artikel 763 Obligationenrecht

1.4.1 Hauptbestimmung

Art. 763 Obligationenrecht

«¹ Auf Gesellschaften und Anstalten, wie Banken, Versicherungs- oder Elektrizitätsunternehmen, die durch besondere kantonale Gesetze gegründet worden sind und unter Mitwirkung öffentlicher Behörden verwaltet werden, kommen, sofern der Kanton die subsidiäre Haftung für deren Verbindlichkeiten übernimmt, die Bestimmungen über die Aktiengesellschaft auch dann nicht zur Anwendung, wenn das Kapital ganz oder teilweise in Aktien zerlegt ist und unter Beteiligung von Privatpersonen aufgebracht wird.»

1.4.2 Konsequenz für die Vertreterin bzw. den Vertreter

Sind die Voraussetzungen gemäss Artikel 763 Obligationenrecht gegeben,

⁵ Gutachten Rechtsdienst, S. 4

⁶ Gutachten Rechtsdienst, S. 5

⁷ Gutachten Rechtsdienst, S. 4; OR 762 Abs. 4

⁸ Gutachten Rechtsdienst, S.

kommt das Aktienrecht nicht zu Anwendung. Mit anderen Worten: die Vertreterin bzw. der Vertreter haftet gemäss kantonalem Verantwortungsgesetz, mithin wie für ihr bzw. sein sonstiges Handeln in Rahmen der generellen Verwaltungstätigkeit.

Davon ausgenommen sind diejenigen Fälle, in welchen das kantonale Gründungsgesetz oder die Statuten auf die Bestimmungen des Obligationenrechts verweisen, so dass diese zu subsidiärem kantonalem Recht werden. Die Personen, welche das Gemeinwesen vertreten, haften in diesem Fall nach den Artikeln 754 ff Obligationenrecht, was zum unter Ziff. 1.1.2 genannten Schluss führt.

1.5. Fazit

Die Angestellten des Kantons Basel-Landschaft haften für jedes Verschulden, unabhängig davon, ob sich die Haftung aus einem Handeln als Verwaltungsrätin oder –rat ergibt oder aus dem generellen Verwaltungshandeln.

Ein Unterschied besteht betreffend die direkte Haftung und den Rückgriff. Bei einer Haftung aus der Tätigkeit als Verwaltungsrätin oder –rat haftet gemäss Artikel 754 ff Obligationenrecht die Vertreterin bzw. der Vertreter des Gemeinwesens direkt. Im Rahmen deren generellen Verwaltungstätigkeit haften gemäss § 13 Absatz 1 der Kantonsverfassung (KV)⁹ der Kanton (und die Gemeinden) für den Schaden, den ihre Organe rechtswidrig verursacht haben. Zunächst ist hierzu aber zu bemerken, dass das Gemeinwesen anschliessend auf die betroffenen Angestellten Rückgriff nehmen kann. Daneben ist darauf hinzuweisen, dass gemäss § 24 Verantwortlichkeitsgesetz¹⁰ von Geschädigten auch direkt gegen die fehlbaren Angestellten Klage eingereicht werden kann.

Als Schutz der Angestellten wiederum sieht § 35 Abs. 1 des Personalgesetzes¹¹ («Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen, Kostenersatz») vor, dass der Kanton Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rechtsschutz gewährt, wenn gegen sie von Dritten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für den Kanton ein gerichtliches Verfahren angehoben wird. Gemäss Abs. 4 *kann* er von den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern *je nach Ergebnis des gerichtlichen Verfahrens* voll oder teilweise Ersatz für seine Leistungen fordern bzw. die Kosten nachträglich voll, teilweise oder nicht übernehmen.

Je nach Funktion von Staatsangestellten besteht für diese eine geringere oder grössere Gefahr, in ein gerichtliches Verfahren einbezogen zu werden, im welchem die Haftung für ihr Tun geklärt werden soll. Diese Gefahr besteht aber unabhängig davon, ob sich der zu prüfende Sachverhalt im Rahmen der Ausübung einer Verwaltungsratsfunktion in einer Aktiengesellschaft oder innerhalb der generellen Verwaltungstätigkeit ereignet hat. Es ist daher nicht einzusehen, weshalb Spezialregeln hinsichtlich der Haftung bei Ausübung von Verwaltungsratsmandaten aufzustellen sind.

⁹ Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984 [SGS 100]

¹⁰ Gesetz für Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten vom 25. November 1851 [SGS 105]

¹¹ Gesetz über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons vom 25. September 1997 [SGS 150, GS 32.1008]

2. Honorare

2.1. Hauptbestimmung

§ 30 Personaldekret¹² („Abordnungen“)

«Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch den Regierungsrat in einen Verwaltungsrat abgeordnet oder mit einer anderen Vertretung beauftragt werden, haben die ihnen aus dieser Tätigkeit zukommenden Verwaltungsratshonorare an die Staatskasse abzuliefern.»

2.2. Bemerkungen

Während Verwaltungsratshonorare gemäss § 30 Personaldekret an die Staatskasse abzuliefern sind, geht der Regierungsrat davon aus, dass die betragsmässig wesentlich geringeren Sitzungsgelder im Sinne einer Inkonvenienzentschädigung bei den Mandatsinhaberinnen und –inhabern verbleiben, welche die Mandate in der Regel ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit wahrnehmen oder – bei Wahrnehmung innerhalb der Arbeitszeit – die Arbeiten, welche sie sonst in dieser Zeit erledigen würden, ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit zu verrichten haben.

Spesenvergütungen, welche Entschädigungen für effektiv getätigte Spesen darstellen, verbleiben ebenfalls den Mandatsinhaberinnen und –inhabern, denen die entsprechenden Kosten angefallen sind.

3. Beschlüsse

- //:
1. Der Regierungsrat sieht davon ab, Spezialregeln hinsichtlich der Haftung bei Ausübung von Verwaltungsratsmandaten aufzustellen.
 2. Während Verwaltungsratshonorare gemäss § 30 Personaldekret an die Staatskasse abzuliefern sind, verbleiben Sitzungsgelder und Spesenvergütungen bei den Mandatsinhaberinnen und –inhabern.

Verteiler:

- Alle Mitglieder des Regierungsrates
- Landeskantlei
- Finanzkontrolle
- Finanzverwaltung
- Finanz- und Kirchendirektion (3)

Der Landschreiber:

¹² Dekret zum Personalgesetz vom 5. Februar 1998 [SGS 150.1, GS 33.0017]